



**Bezirkserwerbslosenausschuss
ver.di - Bezirk Köln**

Antrag Nr.	1/06
Antrag Datum	07.04.2006

Antrag von:	Hans-Dieter Hey			
an:	Mitgliederversammlung ver.di Köln am 15.05.2006			
Antrag gleichlautend an:	<input checked="" type="checkbox"/> ver.di Bundsvorstand	<input checked="" type="checkbox"/> Landeserwerbslosenausschuss	<input checked="" type="checkbox"/> ver.di Landesbezirksvorstand NW	<input checked="" type="checkbox"/> Bundeserwerbslosenausschuss
	<input checked="" type="checkbox"/> ver.di Landesbezirkserwerblosen-Ausschuss	<input checked="" type="checkbox"/> DGB Köln-Leverkusen		
Titel:	Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von 1.200 Euro			

Die Mitgliederversammlung beschließt:

Die Höhe des Regelsatzes von 345 Euro für ALG-II-Bezieher wird abgelehnt, weil sie zur Sicherstellung eines kulturellen Existenzminimum nicht ausreicht. Der Satz führt zu Existenzangst, Armut, Ausgrenzung und Entmündigung. Die Mitgliederversammlung fordert daher alle gewerkschaftlichen Gremien auf, sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.200 Euro (für den Haushaltsvorstand) monatlich einzusetzen. Entsprechend sollen die Aktivitäten innerhalb von ver.di und dem DGB ausgearbeitet werden, um dieser Forderung zur politischen Durchsetzung zu verhelfen.

Begründung:

Der Regelsatz des ALG II wurde aus dem Ausgabeverhalten der unteren 20 % der Verbrauchergruppen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998 abgeleitet. Wenn deren Ausgaben für Telefon, Internet, Strom, Kontogebühren, Mobilität, kulturelle Ereignisse, politische Betätigung, freie Glaubensausübung usw. zu 100 Prozent anerkannt worden wären, hätte der Regelsatz allein deswegen mindestens 37 Euro mtl. höher ausfallen müssen. Mit statistischen Tricks hat die rot-grüne Regierung mit Unterstützung von schwarz-gelb es geschafft, den Regelsatz für Haushaltsvorstände willkürlich und regelrecht freihändig festzusetzen. Zu den verheerenden Auswirkungen sprechen die Wohlfahrtsverbände und Armutsberichte der Bundesregierungen inzwischen eine deutliche Sprache. Zudem entspricht die Regelsatzfestsetzung nicht den Erfordernissen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts, weil sie nicht entsprechend der Regelung der §§ 28, 40 SGB XII errechnet wurden (s. u.a. M. Frommann: Warum nicht 627 Euro, Juli 2004). Das Armutsniveau lag für eine/n Alleinstehende/n nach Auffassung der damaligen Bundesregierung in 2001 bereits bei 938 Euro, bei einer Familie mit einem Kind bei 1.588 Euro. Ein Regelsatz von 627 EURO im Monat für den Haushaltsvorstand wäre für 2006 durchaus angemessen. Berücksichtigt man ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.200 EURO und einen angesetzten Regelsatz von 627 EURO, verblieben für den Wohnraum ca. 570 Euro mtl. incl. Heiz- und Nebenkosten, was beispielsweise für Köln bei einem Single-Haushalt völlig realistisch und angemessen ist.

Zur Zeit wird die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 EURO/Std. diskutiert. Ein gesetzlicher Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.200 EURO im Monat würden einem weiteren Lohndumping und einem weiteren Sozialabbau auf Druck der Arbeitgeberseite entgegenwirken und müsste daher in einem vorrangigem gewerkschaftlichen Interesse liegen. Und insbesondere deshalb, um sich selbst wieder in den Mittelpunkt der politischen Gestaltung zu bringen. Die historischen Rituale der Ausgrenzung und Abgrenzung müssen endlich überwunden werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde den Menschen wieder die eigene Handlungsfähigkeit für kulturelle oder karitative Aufgaben und für ihre eigene Initiative und Gestaltungskraft wiedergeben. Alle anderen Lösungen basieren auf einem antiquierten calvinistischem Denken, das längst überwunden sein sollte. Die Ablehnung eines Grundeinkommens erfolgte immer wegen des Finanzierungsvorbehalts. Wenn man aber endlich die alten Zöpfe in den Etagen der Macht ablegte, und sich endlich auf eine fördernde, beratende und unterstützende Arbeitsmarktpolitik beschränkte, würde diese Frage keine Bedeutung mehr haben, weil die sanktionierende Arbeitsmarktverwaltung und Überbürokratie des Hartz-IV-Irrsinns als Kostentreiber wegfielen. Damit wäre endlich die Tür für eine modere Politik geöffnet und würde dem neoliberalen Wahnsinn Schranken setzen.

Abstimmung in der Sitzung vom Datum				
<input type="checkbox"/> per Handzeichen <input type="checkbox"/> geheim				

Abstimmungsergebnis:	Unterschrift			
	Stimmen	dafür	dagegen	enthalten

Antrag verschoben auf:	Datum			

	Stimmen	dafür	dagegen	enthalten	Unterschrift